Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 71. VIII. BAND 10. September 1917

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"

Berlin Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Nr. 71. 10. September 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Am Wendepunkt.

Die letzten Tage im politischen Leben Polens dürften wirklich als Wendepunkt bezeichnet werden! Der Staatsrat hat durch seine Abdankung seinem Dasein freiwillig ein Ende gemacht und die unmittelbare Ursache dieses Schrittes war der militärische Befehl, der die Legionen als österreichisch-ungarisches Hilfskorps zur Front abrief. Es schien, als ob die letzten Hoffnungen derjenigen, die mit den Arbeiten des Staatsrates die Möglichkeit der Verwirklichung des polnischen Staates noch während des Krieges verknüpften, sich als trügerisch erwiesen haben; es schien, als ob diejenigen schon triumphieren dürfen, die diese Verwirklichung nicht wollten und in dem Staatsrat eher ein Hindernis ihrer politischen Pläne sahen.

Der Historiker der Zukunft wird über diese Ereignisse gewiss ein anderes Urteil fällen, wenn er, von der subjektiven Beeinflussung der Tagesstimmungen befreit, in ruhiger Ausgeglichenheit die Geschehnisse der Vergangenheit prüfen wird.

Heute aber ist es Pflicht derjenigen, denen die tätige Mitwirkung an dem politischen Leben des polnischen Volkes zugefallen ist, den Verlauf der Geschehnisse ruhig zu beurteilen und ihre Reihenfolge im Spiegelbilde des verständigen politischen Gedankens festzuhalten; um also zu einem gerechten Urteil über das, was in Polen vorgefallen ist, zu gelangen, muss man ein wirklichkeitsgetreues Bild der Geschehnisse vor Augen haben.

Wenn zuvor, durch eine ganze Reihe von Monaten eine ungewöhnliche langsamkeit, ja, fast ein Stillstand

in der Tätigkeit der Okkupationsbehörden an der Verwirklichung des polnischen Staates festgestellt werden konnte, so begannen in der jüngsten Zeit die Entschlüsse in dieser Richtung mit beschleunigtem Tempo zu fliessen und zwar sogar durch zwei Kanäle. Einerseits beeilen sich die Regierungen und Parlamentskörperschaften, Projekte auszuarbeiten, die die Konstituierung der polnischen Regierung betreffen — andererseits erlassen vollständig unabhängig hiervon die Militärbehörden Verfügungen, die den Kern der polnischen Armeeprojekte aufs innigste berühren

Ich muss nun feststellen, und ich halte es sogar für meine Pflicht, dies hier festzustellen, dass am gleichen Tage, als der Militärbefehl, der das Los der Legionen entschied, in Warschau bekannt gegeben wurde und den Rücktritt des Staatsrats nach sich zog, hier in Berlin die Vorlage, betreffend die Uebergabe der Behörden in Polen in polnische Hände, im Reichstage verhandelt und von den Regierungsorganen günstig aufgenommen wurde.

Dieser Umstand kann nun durchaus nicht das Urteil darüber beeinflussen, ob die freiwillige Auflösung des Staatsrates gerechtfertigt und genügend motiviert war — ja, ich wage es zu behaupten, dass der Staatsrat keinen anderen Ausweg hatte und nur seine traurige Pflicht erfüllt hat, als er, ohne Kenntnis dessen, was in Berlin vorging, in gleicher Weise wie die ganze polnische Gesellschaft aus dem Vorgefallenen keine andere Schlussfolgerung gezogen hat, wie die, dass der Befehl, die Legionen an die Front zu entsenden, die faktische Antwort bedeutete auf die Forderungen des Staatsrates in Sachen der Regierungs- und Armeefragen. War es denn möglich, dass eine andere Auffassung Platz greifen konnte, wenn die ganze Nation mit Unruhe auf die Verwirklichung der Regierungsbildung wartete und auf das Schicksal der eingereichten Pläne über die Aufstellung der polnischen Armee gespannt war und nun, in Beantwortung dieser Schritte, der Be-

fehl kam, die Legionen aus dem Lande zu entfernen und sie noch dazu als ein österreichisches Hilfskorps charakterisiert wurden.

Noch einmal muss hier festgestellt werden, welche traurigen Resultate die Versuche bringen, den polnischen Staat ohne Mitwirkung der Polen aufzubauen und sogar hieraus ein Geheimnis vor ihnen zu machen.

Wir haben nun eine weitere Erfahrung zu verdauen, einen weiteren schweren Augenblick zu erleben — aber das Ergebnis soll nicht nur Bitterkeit sein, denn diese kann unserer Zukunft nichts nützen; wir aber müssen an dieser Zukunft bauen und tragen für sie die Verantwortung vor den kommenden Generationen.

Die Erklärung, die die Vertreter der Okkupationsmächte am 30. August in Warschau abgegeben haben, stellt eindeutig fest, dass die polnische Nation sich im Irrtum befand, als sie in dem Befehl, die Legionen aus dem Lande zu entfernen, einen Willensausdruck der Mächte, den Akt vom 5. November zu durchstreichen, zu erkennen glaubte. Diese Erklärung unterstreicht noch einmal die den Polen an diesem Tage gegebenen Zusicherungen, aber sie überschreitet nicht die Grenze von Versprechungen.

Hier nun ist die schwache Stelle dieser Erklärung, denn die polnische Nation ist es schon müde, Versprechungen anzuhören; 125 Jahre hindurch, in der Gefangenschaft, wurde sie ausschliesslich mit Versprechungen genährt, wodurch schliesslich bei ihr der Glaube an dieselben vernichtet wurde. Jetzt könnte nur eine positive Tat die Nation überzeugen, dass die Zentralmächte wirklich den Wunsch haben, die Versprechungen, die sie gegeben haben, zu erfüllen. Wenn eine solche deutliche und konkrete Tat in baldiger Zukunft nicht erfolgt, so werden selbst diejenigen Realpolitiker, die die Zukunft Polens auf die Zentralmächte stützen wollen, gezwungen sein, solche Pläne aufzugeben; denn für ehrliche polnische Politiker besteht die grundsätzliche Frage

nicht darin, mit wem sie sich binden wollen, um eine für Polen nützliche Arbeit zu verrichten, sondern in der Herbeiführung einer möglichst einigen Gesinnung der ganzen Nation.

Diese Vereinigung aller staatsschöpferischen polnischen Kräfte bei dem einigenden Aufbau des polnischen Staates müssen vor allem diese polnischen Politiker vor Augen haben. Aber diese Vereinigung ist nur dann möglich, wenn die ganze Nation fühlen wird, dass man ihr nicht gegen ihren Willen fremde Bande anlegt, dass sie selbst ist und selber ihr Schicksal steuern kann. Wenn die Zentralmächte ihre geschichtliche Mission in dieser Hinsicht verstehen und von ihrer Macht endlich Gebrauch machen werden, so werden sie, indem sie den Polen die Regierungsgewalt über das Land in die eigenen Hände legen, sich selber den grössten Dienst erweisen.

Berlin, den 3. September 1917.
Graf Adam Ronikier.

Polen und sein wirtschaftliches Gleichgewicht.

Es ist eine Schwäche der meisten Untersuchungen industrie-wirtschaftlicher Probleme, dass zu wenig Rücksicht auf die Grundlage jeder Nationalwirtschaft, den Ackerbau, genommen wird. Das alte Wahrwort: „Hat der Bauer Geld, hats die ganze Welt“ lässt sich dahin umdeuten, dass der Industriekörper eines festländischen Staatskörpers — die besonderen Daseinsbedingungen von Inselreichen der Art Grossbritanniens sind nicht in Vergleich zu stellen — nur dann als gesund gelten kann, wenn ihn eine kräftige, glücklich sich entwickelnde Landwirtschaft stützt. Dieser Forderung werden die gegenwärtigen Zustände in Polen in sehr ungenügender Weise gerecht. Obwohl die Bodenverhältnisse und demnach die Anbaubedingungen ziemlich gleich sind,

werden im Königreich Polen auf den Hektar durchschnittlich an Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Kartoffeln nur 53,3 gegen 73,9 Meterzentner in Posen geerntet. Hier liegt die schwerste Schuld Russlands bei der Behandlung seines polnischen Mündels. Es konnte das Gleichgewicht seiner Zahlungsbilanz nur durch starke, mit Hochdruck betriebene Getreide- und Holzausfuhr aufrecht erhalten; diesem Zweck mussten künstliche Tarife dienen, welche möglichst günstige Absatzmöglichkeiten für die innerrussischen Reichsteile zugunsten der Randgebiete, vorab Polens, schufen, dem dadurch der Antrieb besserer Ackerpflege genommen wurde. Dass sich beim Anschluss an die Mittelmächte diese Verhältnisse sofort umkehren müssen, liegt auf der Hand. Das Deutsche Reich wird sicherlich nicht weiterhin in der eigentümlichen Erscheinung eines hochentwickelten Industriestaats sich der Welt vorstellen, der zugleich eines der bedeutendsten Roggenausfuhrlländer ist. Die Mittelmächte werden vielmehr auf viele Jahre hinaus aller erzeugten Lebensmittel am eigenen Herd dringend bedürfen, und selbst wenn im Laufe der Jahre in der Uebergangswirtschaft der Mangel an Nahrungsvorräten überwunden ist, wird voraussichtlich das Gesetz des „selbstgenügsamen Staates“ neue Bedeutung, ungewöhnliches Gewicht erlangen. Jede Nation wird es als ein erstes Erfordernis ihrer miltitärischen Rüstung und Sicherheit betrachten, über soviel Lebensmittelquellen im eigenen Land oder aber mindestens in ihrer Nähe und in einer die jederzeitige Greifbarkeit durchaus sichernden Form zu verfügen, dass die notwendigsten Volksernährungsbedürfnisse unbedingt gedeckt sind, um so jeder feindlichen Macht den Anreiz der Rückkehr zur Barbarei des Aushungerungskriegs zu nehmen. Neue Wege werden sichtbar vor einem Zeitalter, das, in grosskapitalistischen Anschauungen befangen, die Macht des welthändlerischen Staates überschätzte, zu einer Zukunft, welche, vom gesunderen Prinzip ausgehend, dass die wohlgepflegte Bauernstelle die Keimquelle

jedes kraftvoll und selbstsicher sich entwickelnden Volkskörpers, ist, den nationalwirtschaftlichen Staat in vervollkommneter Gussform auszubilden strebt. Nach diesen unbeugsamen Gesetzen wird notwendig auch Polen seine wirtschaftliche Zukunft zu seinem Glück und Segen gestalten müssen und so imstande sein, anstelle einer übertrieben starken Ausfuhr für seine Industrie einen kaufkräftigeren, auf blühende Landwirtschaft sich stützenden Inlandsmarkt zu setzen.

Endlich bleibt noch das Wesen der Verkehrsfrage zu würdigen. Ein Blick auf die Karte genügt, um zu erkennen, dass Polen im Anschluss an den Westen ein vielfach leistungsfähigeres und dichteres Wasser- und Schienenstrassennetz gewinnt, als es ihm Russland zur Verfügung stellte, das in der Hauptsache seine Bahnen nur nach strategischen Rücksichten baute. Kennzeichnend genug ist es, dass der in Polen auf 1000 Einwohner entfallende Satz von 2,5 km Eisenbahnen noch um mehr als die Hälfte kleiner ist als die Quote 5,5, die auf das gewiss nicht mit Verkehrsmitteln überreich gesegnete östererreichische Galizien entfällt. Dabei leidet bekanntlich der Betrieb der russischen Bahnen an chronischem Wagenmangel, übermässiger Langsamkeit, Unzuverläsigkeit und Unsicherheit. In erst recht ungünstige Stellung drängt Polen die Wasserverkehrspolitik Petersburgs. Von der russischen Ausfuhr gingen rund $^2/_3$, von der Einfuhr rund die Hälfte über den Seeweg, und zwar:

1912	Einfuhr	Ausfuhr
Insgesamt	579	1038
davon über:		
Schwarzes u. Asow. Meer	92	481
Baltisches Meer	397	499
Kaspisches Meer	22	27
Weisses Meer	5	28
Stiller Ozean	63	3

Die Ziffern sprechen beredten Mundes. Bildlich gedeutet, zeigen sie, wie Russland gleichsam Polen

mit langausgestreckten Armen umdfängt, um es vor jeder Teilnahme am Verkehr mit den Hochstrassen des überseischen Handels möglichst fern zu halten. Von der Schwarzmeer-Aegäischen Magistrale ist es gänzlich ausgeschlossen, an der baltischen nimmt es nur in sehr beschränktem Masse mittelbar teil; die Natur und die politische Geschichte haben nun einmal eine solche Lage geschaffen, dass die sämtlichen Wasserstrassen Polens über deutschen Boden dem Meer zustreben.

Die Schlussfolgerungen ergeben sich aus alledem von selbst. Nach dem Frieden wird es für Polen darauf ankommen, seine durch den Krieg, die Kontributionen und Beschlagnahmen der Mittelmächte schwer niedergedrückte Industrie wieder aufzubauen, um den hohen finanziellen Ansprüchen des neu zn begründenden Staatswesens zu genügen. Die Petersburger Tarif- und Verkehrspolitik kam dem Wesen nach einer Zollauflage auf alle aus Russland bezogenen Rohstoffe gleich; ist aber Polen ein unabhängiger Staat, so muss es mindestens 70 v. H. der Rohstoffe vom Ausland beziehen, und an besonders niedrige Zölle ist eben um der finanziellen Bedürfnisse willen nicht zu denken. Auf der anderen Seite liegt zutage, dass Russland nach der furchtbaren Kriegs- und Umwälzungskatastrophe auf lange Zeit hinaus nicht ein Abnehmer polnischer Waren wie ehedem sein wird; alles das führt zu der Erkenntnis, dass das polnische Staatwesen bei seinem wirtschaftlichen Aufbau mit ausserordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird. Es dürfte gut sein, sich diese Tatsachen in Warschau, aber auch in Berlin und Wien wohl vor Augen zu halten. Die Unzufriedenheit der Polen - - von Undankbarkeit zu sprechen, ist Torheit, weil es diese Tugend in der Politik überhaupt nicht gibt — mit den gegenwärtig durch die Mittelmächte geschaffenen Zustände beruht ja nicht zum wenigsten auf der misslichen wirtschaftlichen Lage des Landes; dafür, dass sie nach dem Friedenschluss sehr bald sich gründlich bessert, spricht keine Wahrscheinlichkeit. Die Kla-

gen über solche Misslichkeiten, die im Grunde freilich Patengeschenke jedes Staatstäuflings sind. würden aber natürlich auf die Mittelmächte als die verantworlichen Beschützer und Reichsschöpfer zurückfallen und deren Ansehen und Absichten erst recht in Misskredit bringen. Ganz vermeiden lässt sich natürlich das Uebel nicht, wohl aber mildern. Die Mittelmächte werden vorab darauf bedacht sein müssen, durch eine entgegenkommende Zollpolitik Polens den Bezug aller Rohstoffe möglichst zu billigeren, mindestens zu gleichen Preisen, wie sie ehedem beim Bezug aus Russland gültig waren, zu ermöglichen. Deneben wird es sich eben darum handeln, diese Begünstigung Polens auch auf Fabrikate auszudehnen, deren dass Land zur Veredelung und Entwicklung seiner Industrie auf höhere Stufen bedarf, um ihm so zugleich neue Absatzmöglichkeiten nicht nur in Russland, sondern auch nach anderen europäischen Wirtschaftsgebieten, vorab zum nahen Osten hin zu eröffnen.*) Denn dass der Strom der polnischen Ausfuhr nach wie vor überwiegend östlich gerichtet bleiben wird, erscheint unzweifelhaft und diese Tat-

*) Dass schon jstzt, in der Kriegszeit, auf diese Ziele hingearbeitet wird, ergibt sich in erfreulicher Weise aus dem Bericht der kürzlich stattgehabten Generalversammlung der Gesellschaft der Industriellen im Königreich Polen. Es wurde beschlossen, den Haushaltsplan auf die Summe von 80 000 Rubel zu erhöhen. Dieser Betrag soll zur Wiederbeleder Industrie und zur Förderung der Wirtschaftspolitik des Landes verwendet werden. Eine weitere Erhöhung des Haushaltplanes könne in Aussicht gestellt werden. Die bisherigen Bestrebungen der Gesellschaft der Industriellen des Königreichs Polen zwecks Wiederbelebung der Industrie seien von den massgeblichen deutschen Behörden nach möglichkeit unterstützt worden. Die bisherigen Denkschriften, die dem Generalgouvernement in Warschau überreicht worden seien, hätten wohlwollende Beurteilung gefunden. Man habe an den zuständigen Stellen um die möglichste Freilassung der Maschinen und technischen Apparate gebeten. Durch den seit vorigem Jahr geltenden neuen Zolltarif sei den Wünschen der polnischen Industriellen zum Teil entgegengekommen. Man habe seinerzeit gebeten, Brauereien, Brennereien, Mühlen, Hefe- und Essigfabriken, Zuckerfabriken, Sägewerke, Ziegeleien, Eisenwerke usw. möglichst wieder in Betrieb zu bringen. Diesem Wunsch sei bisher nach Kräften entsprochen worden. Es sei in verhältnismässig kurzer Zeit viel geleistet worden. Allerdings mache sich überall das Fehlen von Rohmaterial sehr bemerkbar. Schon in nächster Zeit glaube man noch einige Betriebe wieder beleben zu können, so dass allmählig der Not unter den Arbeitern werde gesteuert werden können.

sache fordert wieder, dass, wenn jene durch den Krieg abgebrochenen Verhandlungen zwischen Berlin und Petersburg zur Vermeidung des damals drohenden Zollkampfes wieder aufgenommen werden, Polen als Staatswesen mit beiderseits schwer ins Gewicht fallenden Interessen berücksichtigt und in die Beratungen eingeschlossen wird. Denn unverrückbar hat die Forderung bei allen Betrachtungen des osteuropäischen Problems im Vordergrund stehen zu bleiben: das selbständige Polen soll und darf nicht als ein „neutralisierender" Block zwischen den Mittelmächten und Russland im marktgängigen Sinn des Wortes betrachtet werden, um sich als totes Abstampfungsmittel der Zwistigkeiten beider Machtgruppen zwischen diese zu schieben, sondern soll eine Zugbrücke sein, die lebendigem, friedlichem Verkehr in glücklichem Ausgleich der Gegensätze zum Segen aller und zur dauernden Befriedigung ganz Osteuropas dient.

Freiherr Dr. von Mackay.

Anmerkung der Redaktion: Zu den von dem geschätzten Verfasser angeregten Fragen behalten wir uns noch vor, Stellung zu nehmen.

Die deutsche Demokratie und die Aufteilung Polens.*)

Da wir den Geist der polnischen Nation ziemlich hochhalten, ist es auffällig, dass der polnische Staat zugrunde gegangen ist. Dieser Untergang hat auch die Idealisten unseres Volkes im vorigen Jahrhundert nicht zur Ruhe kommen lassen. Zwar zur Zeit des Untergangs selbst machten sich nur wenige deutsche Stimmen bemerkbar. Damals herrschte in Preussen noch der reine Absolutismus, das politische Interesse war noch nicht im Volk geweckt, und die Pressfreiheit lag noch in den Kinderschuhen. Geschichtsschreiber wie Johannes von Müller wagten ihre Kritik nur sehr eingewickelt zu äussern.

(* Vgl. Aufsatz in Nr. 70.

Aber nach den Freiheitskriegen, durch die sich Preussen seine Freiheit erkämpft hatte, gedachte man auch des benachbarten Polens, dem der Wiener Kongress keine Auferstehung verschafft hat, mit starker Sympathie. Der Historiker v. Rottek in Baden schrieb in seiner allgemeiner Geschichte in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts:

> Der Fall Polens verkündete mit Donnerstimme der zivilisierten Welt den völligen Umsturz des Gleichgewichts, die siegende Herrschaft der Gewalt und sonach den Fall alles öffentlichen Rechts. Und wenn nach Johannes von Müllers schwerem Worte Gott damals die Moralität der Grossen zeigen wollte, so öffnete sich dadurch dem Denker die düstere Ansicht auf die unendliche Fülle des Jammers und auf die schandvolle Reihe von Umwälzungen, welche nötig sein würden, um einen öffentlichen Rechtszustand wieder herzustellen".

Doch bis 1831 genossen die Polen noch eine gewisse Freiheit. In den in Wien zwischen den Teilmächten geschlossenen Verträgen vom 21. April 1815 vereinbarten diese folgendes: „Die den respektiven hohen vertragschliessenden Partein untertanen Polen erhalten eine nationale Vertretung und nationale Institutionen gemäss der politischen daseinsform, welche eine jede der Regierungen, worunter sie verbleiben, ihnen zu geben für nützlich und geziemend halten wird." Die Worte sind noch dunkler gefasst, als der sonst übliche Diplomatenstiel es liebt — wohl mit Absicht. Jedenfalls glaubten aber die Polen Grund zu haben, daraus eine gewisse Hoffnung auf eine nationale Fortexistenz auch unter fremder Herrschaft zu schöpfen. Ja die Vereinbarung schien ihnen eine Art rechtlichen Anspruch auf eine solche zu geben, während sie tatsächlich alles vom Gutdünken der fremden Regierungen abhängig machte. So drückt sich ganz richtig Dr. E. Zivier, einer der besten Kenner der polnischen Geschichte aus, der soeben in der Sammlung der kleinen Völker und Länderkunde von Andreas Perthes in Gotha den Band über Polen behandelt und damit einen recht brauchbaren Ueberblick über die Geschichte Polens geliefert hat. Ferner versprach man den drei getrennten Landesteilen freien

Handelsverkehr über die Grenzen, sodass das alte Polen wirtschaftlich fast noch einen einheitlichen Staat bilden konnte.

Was die preussischen Teile Polens anbelangt, so wurde Westpreussen allerdings wie eine preussische Provinz behandelt. Aber Westpreussen konnte man ja auch als ehemaliges deutsches Land betrachten. Nur im Südosten der Provinz hatte Polen kolonisiert. Die Kassuben im Norden fühlten sich nicht als Polen und Danzig und Thorn, die sich anfangs auch gegen die preussische Herrschaft gesträubt hatten, hatten sich bald eingewöhnt. Den Netzebruch aber, den Polen arg vernachlässigt hatte, hat Friedrich II. gut und dicht mit deutschen Bauern besiedelt.

Dagegen erhielt die Provinz Posen eine Art Sonderverfassung. Sie bekam als Grossherzogtum Posen einen Statthalter, den Fürsten Anton Radziwiłł, der mit dem preussischen Königshause durch seine Ehe mit der Prinzessin Luise von Preussen verschwägert war. Die polnische Sprache blieb grösstenteils in den Schulen und vor Gericht; die polnischen Volksschulen werden sogar vermehrt. Eine Zeit lang dachte der König selbst an die Schaffung eines eigenen polnischen Heeres. Wirtschaftlich wurde die Provinz sehr gefördert. 1821 wurde ein Hypothekenverein gegründet, um den Landwirten Kredit zur Verbesserung ihrer Güter zu verschaffen. Ebenso wurde endlich die Bauernregulierung durchgeführt, was die Polen schon 1791 beschlossen, aber infolge der Aufteilung nicht hatten durchführen können.

In Oesterreich wurde eigentlich anfangs ziemlich stark germanisiert. Aber die Polen besassen doch dort den Freistaat Krakau.

An Kongresspolen hafte Zar Alexander I., der sich gern als Wiedererwecker des Königreichs Polen bezeichnete, ein Manifest gerichtet, die Polen sollten „von neuem in den Kreis der Nationen aufgenommen werden". „Neue Bande sollen die Polen für immer mit dem

grossherzigen Volke verbinden, das gemäss alter Verwandtschaft und dem ruhmreichen gemeinsamen Namen eines slavischen Volkes gern eine brüderliche Einigung mit ihnen eingehen werde". Polen erhielt eine eigene Volksvertretung, eine polnische Universität in Warschau und ein eigenes polnisches Heer. Auch die Schulen blieben polnisch.

Aber doch kam es 1830 zum Aufstand, gerade im russischen Teile Polens, wozu allerdings das Feuer aus Paris von der Juli-Revolution herüberflog. Der Zar Nikolaus, der den Thron 1825 bestiegen hatte, hatte freilich auch einen viel weniger polenfreundlichen Kurs eingeschlagen als sein Vorgänger.

Ueber die psychologischen Gründe für den Aufstand kann man sehr verschieden denken. Zivier z. B. verurteilt ihn. Er wäre durch die Verhältnisse nicht aufgedrungen gewesen, wenn man ihn natürlich verstehen könne.

Umso bemerkenswerter ist es, dass in Deutschland der Aufstand die grösste Sympathie hervorrief und starke moralische Unterstützung fand. Die Freiheit und die Gesittung Europas fochten unter den Fahnen des weissen Adlers — so lautete das allgemeine Urteil, sagt Treitschke auf Seite 60 des 4. Bandes seiner Geschichte des deutschen Volkes im 19. Jahrhundert. Die preussische Regierung zwar hielt das Gewehr ans Ohr. Sie stand ja mit Oesterreich und Russland in der heiheiligen Allianz, was übrigens die österreichische Regierung in diesem Falle weniger kümmerte. Die preussische Regierung liess zur Sicherung ihres Landes an der russischen Grenze unter Gneisenaus Führung Truppen aufmarschieren. Trotzdem tat man nichts dagegen, dass die preussischen Polen Geld und Freiwillige, im ganzen 12000, an die Aufständischen schickten. Major v. Willisen gab sogar im Militärwochenblatt den Polen freundliche Ratschläge. Uebrigens blieben auch die preussischen Teile vom Aufstand nicht danz unberührt. Es kam zu hochnotpeinlichen Gerichtsverhandlungen. Man verur-

teilte 100 Polen in absentia zum Tode. Andere sollten ihre Güter verlieren. Aber die Strafen wurden schliesslich sehr gemildert. Nur 22 von den Verurteilten mussten hohe Geldstrafen zahlen; nämlich den 5. Teil ihrer ursprünglich eingezogenen Güter.

Die Sonderstellung der Provinz in der Verwaltung wurde dann aber aufgehoben und der Statthalterposten eingezogen. Man schickte einen regelrechten Oberpräsidenten nach Posen, Herrn von Flottwell, den man den man den ersten Hakatisten genannt hat. Dieser beseitigte die Landräte, die ja damals von den Kreisverwaltungen gewählt wurden. An ihre Stelle traten Distriktkommissare, die die Regierung einsetzte. In der Verwaltung und dem Gerichtswesen wurde die polnische Sprache ziemlich ganz ausgeschaltet. Die polnischen Beamten wurden soweit es irgend ging durch deutsche ersetzt. Die politischen Rücksichten traten bei der Ernennung in den Vordergrund. Flottwell fing auch schon die innere Kolonisation in etwas gemaltsamer Weise an. Er lies verschuldete polnische Güter bei Zwangsversteigerungen aufkaufen und setzte an ihrer Stelle Bauern an. Das war an sich nicht zu tadeln. Aber er steckte sich hinter den Hypothekenverein und liess den Grossgrundbesitzern die Hypotheken kündigen.

Dieser Flottwellsche Kurs fand nur wenig Beifall im preussischen und deutschen Volke. Die Masse stellte sich vielmehr kühn vor die Polen und hätte ihnen am liebsten wieder eine eigene nationale Existenz verschafft. Es war ein urkräftiges idealistisches Denken, dass das deutsche Volk damals beherrschte. Man hatte tiefes Mitleid mit dem Schicksal des polnischen Volkes. Man empfand noch immer das Unrecht der Aufteilung schmerzlich und hätte gern etwas getan, ihm wieder auf die Füsse zu helfen. Man fand, dass man die Polen arg verkannt und verleumdet hatte. Die „polnische Wirtschaft“ sei zwar sehr bedauerlich gewesen. Aber die Polen hätten doch zuletzt dem Uebermass ihres Freiheitsgefühls Schranken auferlegt, und gerade

das sei den Mächten so peinlich gewesen. Deshalb hätte man ihnen den Garaus gemacht. Man sprach nur noch vom „edelen Polenvolke".

Die Reste des polnischen Heeres, die 1831 über die russische Grenze getreten waren, zogen meist nach Frankreich und bildeten dort eine grosse polnische Kolonie. Sie hatten in Paris regelmässige Uebungen und wollten ihre Schwerter schleifen, um sie zu gelegener Stunde fur Polens Freiheit in die Wagschale zu werfen. Ueberall wurden diese Truppen bei ihrem Durchzug durch Deutschland freudig begrüsst. Auch die ganze polnische Kolonie in Paris, die sie durch Zivilisten sehr verstärkte — alle Polen, die für die Freiheit ihres Volkes etwas tun wollten, sammelten sich damals in Paris — hatten zu vielen hervorragenden Deutschen lebhafte Beziehungen. Das ganze junge Deutschland stand auf polnischer Seite. Wir haben oben schon die Dichter genannt, die Polen besangen. Wir könnten ihre Zahl noch stark vermehren.

Neuerdings hat Prof. Hans Delbrück eine kleine Sammlung deutscher Polenlieder herausgegeben (Verlag von Georg Stielke in Berlin). Wir finden da noch angeführt Lieder von Julius Moser, Moritz Hartmann, Ernst Ortlepp, Alfred Meissner, Wolfgang Menzel, Philipp Bopp, Gustav Pfizer. Sie schildern entweder Scenen aus einzelnen Schlachten und polnischen Siegen, oder sie stossen gellend ins Horn für das tragische Schicksal des Volkes und rufen die göttliche Gerechtigkeit herab. Es ist ja das Vorrecht der Dichter, sich als Sendboten Gottes zu fühlen.

Auch die Geschichtsschreiber blieben nicht zurück. Wir nannten Rotteck schon oben. Eine vielbeachtete Schrift veröffentlichte Friedrich von Raumer 1832 über den Uhtergang Polens Die Schrift ist noch heute höchst lesenswert. Sie war damals unter der strengen preussischen Zensur eine Tat, während heute, wo die Dinge viel weiter zurückliegen und wo die deutsche Regierung die Absicht hat, zur Wiederaufrichtung Polens

Grossherziges zu leisten, viel weniger Mut dazu gehört, objektiv über jene Dinge zu schreiben.

Raumer erzählt, wie Friedrich der Grosse anfangs erschrack, als ihm 1770 sein Bruder Heinrich vorschlug, Westpreussen den Polen abzunehmen. Denn er fühlte „wieviel Treue und Glauben auf dem Spiele stand“. Aber er wollte Russland nicht allein das Abreissen eines Zipfels vom polnischen Rock überlassen. Noch im nächsten Jahre schrieb der König an Katharina, die Pläne mit der Aufteilung Polens würden sich vor Europa nicht rechtfertigen lassen, während diese antwortete: Diese Vorwürfe nehme ich auf mich. Der König hatte ja am 27. Januar 1794 selbst erklärt, er arbeite nur daran und werde auch künftig dafür wirken, dass die Freiheit und Besitzung der Republik durchaus unangetastet und unverletzt blieben. Bei Anerkennung des preussischen Königtitels hatte er dann noch am 24. Mai desselben Jahres hinzugefügt: „Wir haben weder den Willen noch die Absicht, durch den Gebrauch dieses Titels den bestehenden Verträgen und Bündnissen irgend einen Nachtel zuzufügen. Wir wollen vielmehr die Bürgschaft und den Schutz aller Freiheiten und Rechte der Republik übernehmen und leiten.“

Wir wollen uns mit den Einzelheiten der Vorgänge bei der Teilung Polens, die Raumer in seinem Buche sehr getreulich wiedergibt, nicht länger aufhalten. Raumer fasst auf Seite 56 seines Buches das Urteil über die Teilung dahin zusammen: Trotz allen geheimen Misstrauens und aller Eifersucht vereinigten sich die ausgezeichneten Herrscher aus verschiedenen Gründen und im wesentlichen gegen ihre eigenen Interessen zu der grössten Ungerechtigkeit und Schlechtigkeit, welche die neuere Geschichte bis dahin kannte.“

Nach der ersten Teilung Polens ging eine gewisse Erneuerung durch das Volk. Man sah ein, dass man einiges reformieren musste. Am 3. Mai 1891 wurde von dem Reichstag eine neue Verfassung beschlossen. Wir

haben schon einiges oben davon angeführt. Man machte die Monarchie erblich; man beseitigte das berühmte liberum veto, wonach eine einzelne Simme jeden Reichstagsbeschluss ungiltig machen konnte. Man führte die allgemeine Wehrpflicht ein, verstärkte die Rechte der Städte, und der Bauern und gab beiden die Möglichkeit, Grundbesitz zu erwerben und setzte freie Religionsübungen fest, wenn auch der Austritt aus der katholischen Kirche noch verboten blieb.

Aber den Mächten waren diese Reformen eher peinlich als erwünscht. Darauf legt eine andere Schrift, welche der Verfasser der Geschichte des polnischen Volkes und seines Feldzuges von 1831, Dr. R. O. Spazier, ebenfalls herausbrachte, grossen Wert. Er sagt auf Seite 48:

„Unglückliches, beweinenswertes Volk, an dem die angeblichen politischen Fehler deiner Väter sich nicht nur dadurch büsseu, dass man dich immer wieder mit der grausamsten Gewalttat, wie sie die Welt noch nicht sah, die Fehler zu bessern und zu einem neuen Leben aufzuerstehen verhindert, sondern welches das noch weit schmerzlichere Schicksal erlebt, dass Europa nur ein Gedächtnis für seine alte Geschichte hat und die glorreiche Epoche, die ein Volk noch nie so aufgewiesen hat, jene noch mit eigener Kraft und eigenen Opfern aut dem Wege des Vertrages und der Selbstverleugnung bewerkstelligte Phönix Verjüngung von 1780 bis 95 rein aus der Tafel der Erinnerung ausgewischt. Und doch warst du damals das Staunen und die Bewunderung ganz Europas! Die stolzen englischen Redner auf ihren Tribünen verstummten und schauten staunend deiner Grösse zu, wie deine Söhne die Muster alles Adels sich selbst ihrer kostbaren Privilegien entledigten, sie in das Haus des Bürgers brachten, sie auch der Hütte des Bauern als auch für ihn erreichbar von fern zeigten, damit aus allen zusammen wieder ein grosses kräftiges herrliches Volk würde, wie die Väter es gewesen.“

Spazier fügt dann noch hinzu: Polen reformierte sich von innen heraus, glänzend gegen Frankreich mit seinem Blutvergiessen“! Frankreich griffen die Mächte an, weil es die Monarchie abschaffte; Polen, weil es die erbliche Monarchie einführte.

Das polnische Volk hatte sich namentlich noch dadurch vor einer weiteren Teilung zu sichern gesucht, dass es mit Preussen ein Bündnis schloss, worin dieses

freilich seinen Beistand zusagte, wenn sich irgend eine Macht in die polnischen Angelegenheiten einmischen sollte. Auf diese Weise wollte Polen einen Rückhalt haben und nicht alle drei Mächte weiter mit hungrigen Magen auf sich gerichtet sehen. Der preussische König drückte auch am 15. Mai seine Freude über die neue Verfassung aus.

Sichtlich besserten sich die Verhältnisse in Polen. Die Ordnung nahm zu, das Kriegsheer wuchs und die Staatseinnahmen mehrten sich.

Aber Polen war nicht mehr zu retten. Der Parteigeist konnte sein wildes Blut nicht zähmen. Russland war unersättlich und Preussen hatte seine Augen auf Danzig und Thorn geworfen und wollte eine Brücke nach Schlesien haben.

Das Volk aber empfand im vorigen Jahrhundert noch stark religiös und sah deshalb in der Aufteilung Polens ein religiöses Unrecht, einen Verstoss gegen die göttliche Ordnung. Das drückt Spazier in folgenden Worten aus:

„Ich glaube so wahr wie an einen Gott, dass das polnische Volk, dessen Seele bereits bestand und in den Herzen der edelsten Bewohner des Weltteils lebt, über kurz oder lang als Körper dastehen werde in jugendlicher Kraft und Frische und mit Lorbeer geschmückt unter seinen freien Brüdern in Europa. Denn wir glauben, dass ein Paradies es morgen über unsern Weltteil hereinbrechen, dass aber der Ruf: Polen ist erstanden! erst der Frühruf zu diesem Tage sein werde. Wir glauben, Polens Wiederherstellung sei, wie die heiligste Schuldabtragung, so das erste Unterpfand für die Ruhe und das Glück Europas, und dass so lange der Fluch der Sünde, nämlich das Bewusstsein eines Mordes den Weltteil niederdrückt“.

Spazier fügt dann noch hinzu: „Das ist unser politisches Religionsbekenntnis. Es ist ein rationales. Denn der Verstand und die Lehren der Geschichte bewegen sich zusammen mit dem Glauben unsers Herzens“. Aehnlich sagt Raumer: „So abgelebt, gemütlos und eigenliebig war Europa, dass Polens Schicksal keine weitere Bewegung erzeugte und niemand ahnte, dass, wenn Kaiser und Könige so die Grundsätze des

ewigen Rechts mit Füssen treten, Leib und Geist der bürgerlichen Gesellschaft bis auf den Boden hinab ins Verderben geraten und die Massen fast unausbleiblich in revolutionäre Wut gegen die verächtlich gewordene Obrigkeit hervorbrechen". Das bairische Volksblatt schrieb: „Der Glaube und die Auferstehung Polens ist bei den Völkern mit dem Glauben an eine göttliche Vorsehung innig verbunden". So war das deutsche Volk von dem Schicksal Polens bis in das Innerste seines Glaubens tief erschüttert worden.

Wir könnten noch eine ganze Reihe von Männern anführen, die damals öffentlich zugunsten Polens Stellung genommen haben. Z. B. den hervorragenden Berliner Juristen Eduard Gans sowie Varnhagen von von Ense, der ja in den 30-er und 40-er Jahren des vorigen Jahrhunderts das kritische Berlin in sich hervorragend verkörperte. Polen wurde damals von dem Strom der ganzen geistigen Bewegung Deutschlands mitgetragen.

In Berlin versammelten sich die Polenfreunde täglich in der Konditorei von Stähelin hinter dem Schauspielhause. An der Polenfreundschaft sprosste das zarte Reis einer liberalen Oppositionspartei in die Höhe. Sie stand in scharfem Gegensatz zu dem russisch gesinnten Adelskasino am Pariser Platz.

Hermann Kötschke.

Die Abtretung Polens an Russland und der neueste Panslavismus.

Die Frage der etwaigen Abtretung des Königreichs Polen an Russland ist neuerdings wieder akut geworden. In mehreren Blätter wurde dies Verlangen gleichzeitig aufgestellt, und, wohlgemerkt, in deutschen, nicht in polnischen Blättern. Vom 3. bis 9. August hat in Moskau ein Kongress der in Russland weilenden Anhänger der National-Demokratischen Partei stattgefun-

den, derjenigen Elemente also, die zu „Russophilen“ allgemein gestempelt worden sind; es wurden allerlei Beschlüsse gefasst und in der „prinzipiellen politischen Erklärung“ dieses Kongresses, abgedruckt in der Moskauer „Gazeta Polska“ vom 9. August ds. J. finden wir allerlei weitgehende Wünsche, unter anderem, dass das in Russland lebende Polentum noch im gegenwärtigen Kriege als „selbständiger Faktor“ neben dem freien Russland den Kampf gegen den Germanismus mitmachen möge — nur den Wunsch haben diese „Russophilen“ nicht ausgesprochen, an Russland angegliedert zu werden. Die dort lebenden polnischen Demokraten haben sich schon längst für ein unabhängiges Vaterland ausgesprochen. In diesem Moment erachten es deutsche Politiker für angemessen, die Rückgabe Polens an Russland zu befürworten.

Man wäre geneigt, vom polnischen Standpunkt aus zu bemerken, dass diese Frage eigentlich für Deutschland wichtiger ist als für Polen. Polnische Optimisten sind überzeugt, dass die freie unabhängige Zukunft Polens so gut wie sicher ist und können sich nicht genug darüber wundern, dass es deutsche Politiker gibt, für die es noch fraglich ist, was das deutsche Interesse erheischt: „diesen selbständigen Staat“, wie das „Berliner Tageglatt“ die Frage formuliert hat, „innerhalb der deutschen Einflussphäre zu halten, oder ist es besser, ihn an Russland angliedern zu lassen?“ Für die gewöhnliche Logik enthält schon diese Fragestellung allein ihre Antwort. Trotzdem gibt es eine höhere Politik, die durchaus die Durchstreichung des Manifestes vom 5. November und die Angliederung Polens an Russland verlangt.

„Das Wettkriechen vor Russland“ — die Bezeichnung stammt bekanntlich von Moltke — wird verschiedenartig motiviert. Herr Georg Bernhardt wird nicht müde, in der „Vossischen Zeitund“ zu wiederholen, dass die Regelung aller östlichen Fragen nicht anders als im Einverständnis mit Russland vorzunehmen sei; wirt-

schaftliche und auch politische Gründe sprechen für ein Einvernehmen mit Russland, wobei die Schaffung eines Polenstaates ein Haupthinderniss sein soll. Deutschland konnte und wollte sich dafür einsetzen, dass im Friedensvertrage Russland irgend eine Form der „polnischen Autonomie“ anerkennen soll, aber keinen fertigen Tatbestand schaffen; vielmehr muss man sich überlegen, ob man nicht „andere Wege einschlagen soll“, mit anderen Worten, ob nicht die Proklamierung des polnischen Staates rückgängig zu machen sei. Und in derselben „Vossischen Zeitung“ vom 2. September, führt der sozialdemokratische Reichstagsabgsordnete Max Cohen-Reuss, allerdings nur in seinem Namen, aus: Deutschland dürfe nicht mit den russischen Fremdvölkern gegen Russland, sondern mit Russland selber sein; die Vorwegnahme einer Lösung der Frage der bisher unterdrückten Völker Russlands, besonders aber des polnischen Volkes, deutscherseits, würde den Frieden des Ausgleichs und der Verständigung gefährden und auch die Zukunft in Frage stellen, für die das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Russland das Grundproblem der deutschen und der russichen Fragen ist. Für den Standpunkt dieses sozialdemokratischen Politikers sind noch zwei weitere Bemerkungen kennzeichnend: „wir müssen offen sein und sagen, dass Deutschland ein Interesse an einem starken Russland hat, dessen Fremdvölker zwar freies, nationales Eigenleben haben, aber politisch im Rahmen des russischen Gesamtstaates bleiben“, und „freilich werden alle national gemischten Staaten den einzelnen Nationen eine kulturelle Autonomie zugestehen müssen, Russland so gut wie Oesterreich-Ungarn.“ So weit reichen die Ideale eines sozialdemokratischen Führers! Ein starkes Russland, die Fremdvölker im Rahmen des russischen Gesamtstaates, kulturelle Autonomie in Russland und Oesterreich-Ungarn!

Orgineller motiviert seinen Standpunkt im „Berliner Tageblatt“ vom 2. September, der ehemalige deutsche

Botschafter in London, Fürst Lichnowsky. Zum ersten Male, so viel es uns bekannt ist, gibt ein hervorragender deutscher Staatsmann zu: „dass das gemeinsame Interesse an der polnischen Frage, ein positives an der Aufrechterhaltung des beiderseitigen Besitzstandes und ein negatives an der Verhinderung polnischer Unabhängigkeitsbestrebungen, hatte (seit dem Wiener Kongess) die wichtigste Grundlage gebildet für die deutsch-russische Freundschaft". „Uebèreinstinmung der beiderseitigen Wünsche und Ziele in der Polenfrage bildete die Brücke, die uns mit Russland verband." Es wird hier ferner zugegeben, dass als Ausfluss dieser Stellungnahme in der Polenfrage auch die preussische Polenpolitik im Innern in Kauf genommen werden musste; der Verfasser, Gegner einer gewaltsamen Germanisierung, verlangt auch für die Zukunft die deutsche Schul- und Amtssprache, was aber die polnische Frage im internationalen Sinne des Wortes anbetrifft, befürchtet er von dem Bestehen eines Polnischen Staates das Bekannte einer Irredenta. Auch die Angliederung Polens an Oesterreich würde die Umwandlung der k. u. k. Monarchie in einen überwiegend slavischen Bundesstaat oder Staatenbund, ihre Belastung mit dem allpolnischen Programm, die Verschiebung der Beziehungen zu Deutschland herbeiführen.

Der Verfasser lässt aber die Frage offen, wie es dazu gekommen ist, dass trotz der beiderseitigen Interessen an der Polenfrage das Verhältnis zwischen Russland und Deutschland sich seit 1870 zu verschlimmern begann; schon damals, nicht erst nach dem Berliner Kongress, begann die Welle des Deutschenhasses in Russland anzuschwellen (die Schriften des Generals Fadjejew und andere), die übrigens tiefbegründet im noch älteren russischen Nafionalismus ist, und endlich zum gegenwärtigen Kriege führen musste. Also nicht Polen ist die Grundlage des Friedens mit Russland und Polen wäre auch kein Friedenshindernis. Und was die Irredenta anbetrifft, glaubt jemand wirklich an ihr Verschwinden, wenn man Polen an Russland anglie-

dert? Die Polen hätten dann doch nicht nur den Willen, aber auch viele Möglichkeiten, gegen Preussen zu wirken; Gelegenheit dazu würden sie schon in Russland finden. Trotzdem scheint aus den Aufführungen des Fürsten Lichnowsky deutlich hervorzugehen, dass die Rückgabe Polens an Russland und das Aufleben der alten Freundschaft auf Kosten Polens der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen Lage sein soll.

Das Typische an all diesen Anschauungen ist die Verkennung der grossen politischen Umwälzungen und Tendenzen im europäischen Osten. Manche Politiker sind nur im stande, in alten, überlebten Kategorien zu denken, also vom Bündnis zweier Staaten, zwecks Vernichtung eines Volkes, oder vom materialistischen Standpunkte aus, zur Sicherstellung ökonomischer und politischer Vorteile zu träumen; manche dagegen scheinen radikal fortschrittlich zu sein und gebrauchen das Wort „Selbstbestimmung der Völker", um es in der Praxis auf die „Autonomie" im Rahmen des Fremdstaates herauskommen zu lassen. Von welchem Russland ist hier überhaupt die Rede? Das revolutionäre spricht ja von Selbstbestimmung der Völker, demnach würde es „die Zurückgabe" nicht verlangen. Voraussichtlich wird aber in Russland nach manchen bevorstehenden Umwälzungen das bürgerliche Russland die Oberhand gewinnen. Hier wäre folgendes zu beachten: Russland macht in der Nationalitätenfrage einen zweifachen Prozess durch: eine scheinbare Auflösung durch die separatistischen Tendenzen der Fremdvölker und eine Konsolidierung im Namen der tiefer liegenden gemeinsamen Interessen. In Deutschland wird nur der erste Prozess beachtet, der zweite weniger. Die Fremdvölker betonen ihr Selbstbestimmungsrecht, zu allerletzt wünschen sie alle — mit Ausnahme der Finnländer und Polen — das Verbleiben im russischen Föderativstaate. Das wird ihnen auch früher oder später gelingen, dann aber beginnen die gemeinsamen Interessen mit dem russischen Gemeinwesen, politischer und wirtschaftlicher Natur,

und da beginnt die alte Rolle des russischen Bürgertums, d. i. der Kadetten. Da unter den Völkern Russlands die Slaven am zahlreichsten sind, so wird sich ein neuer Panslavismus herausbilden, der für die Tieferblickenden jetzt schon sichtbar ist. Wir wollen nur auf eine Tatsache hinweisen: auf die ukrainischen Tendenzen einerseits und die tschechischen andererseits. Worauf zielen die Ukrainer? Sie verlangen für sich den grössten Teil Galiziens und die Verbindung mit den Ruthenen in Oberungarn. Andererseits verlangen die Tschechen für sich die oberungarische Slovakei. Somit haben wir eine Verbindung der Tschechen mit den Ukrainern und selbstverständlich der letzteren mit Russland — mit anderen Worten: eine neue Umkreisung Deutschlands durch ein mächtiges Slavenmeer, in dem aber die Polen das letzte Wort zu sagen haben, da sie doch Deutschland von Russland scheiden. Das ist der neue Panslavismus, der, täuschen wir uns nicht, bereits im Gange ist!

Polen allein kann ihn aufhalten. Wir sind für gleiche Rechte für alle Völker, aber fest entschlossen, den Zusammenschluss der panslavistischen Elemente auf keine Weise zuzulassen. Dazu brauchen wir aber das Selbstbestimmungsrecht, um ein Bündnis mit den Mittelmächten zu schliessen; dazu brauchen wir eine Stärkung des Rückgrates im Osten durch die Vereinigung mit den alten Ländern Polens auf freiheitlichem Wege; nichts aber kann diesen Ideen gefährlicher sein, als die „Rückgabe an Russland“.

Praktisch ist ja diese Idee kaum durchführbar; kann man sich wirklich denken, dass Deutschland und Oesterreich-Ungarn sich dazu hergeben und den rühmlichsten und zugleich friedlichsten Punkt des gegenwärtigen Krieges durchstreichen würden? Das wäre ein schöner Anblick: die Befreier, die die Hauptstadt Polens unter die moskovitische Herrschaft zwingen — denn ohne Zwang würde es nicht gehen. Schon der Gedanke daran ist eine Herabsetzung. Dafür zeitigen aber diese

von Konservativen, manchen Fortschrittlern und manchen Sozialdemokraten vertretenen Ideen ganz andere Früchte.

Schon seit mehreren Jahrhunderten wurde Russland durch mächtige deutsche Faktoren auf Kosten Polens gestärkt. Seit Maximilian I. reichten sich der westliche und der östliche Nachbar Polens gar zu oft die Hand, um Polen zu erdrücken. Man lese darüber die entsprechenden Stellen in der vor kurzem erschienenen populären Geschichte Polens von dem deutschen Historiker Dr. Zievier und man wird staunen, wie oft die Historie sich wiederholt und wie wenig die Leute aus ihr lernen. Deutschland war es, dass den russischen Staat grossgezogen hat, wofür es nachträglich seinen echt russischen Dank erhalten hat, denn die Einigkeit Deutschlands wäre auch ohne „die wohlwollende Neutralität Russlands" — das in den damaligen Jahren für Preussen nie gefährlich sein konnte (hat doch Russland im Jahre 1863 mit grosser Mühe den schwachen polnischee Aufstand unterdrückt!) — zustande gekommen. In sämtlichen Aufständen Polens gegen Russland ist die Stellungnahme Preussens der schmerzlichste Punkt. Jetzt, nach mehr als zwei Jahren des blutigsten Krieges hat sich Deutschland zu einem genialen Schachzug in der Polenfrage entschlossen — spät und ungenügend in der Durchführung, aber der Entschluss ist da. Jetzt kommen Politiker, die doch historisch und psychologisch geschult sein müssten, und verlangen die Zurücknahme des bis jetzt übrigens ganz theoretischen Schrittes in der Polenfrage.

Wir glauben nicht, dass sich zwei Kanzler — in Berlin und in Wien zusammenfinden werden, — um dies zu tun. Der Rückschlag davon ist aber schon jetzt in ganz Polen zu merken. Glauben Politiker von Verantwortungsgefühl, dass die Polen wirklich eine quantité und qualité négligeable sind und dass die Stimmen von führenden deutschen grossen Tagesblättern in Polen keinen Wiederhall finden werden? Die Gegner der Schaffung einer polnischen Armee, die Gegner

des Zusammenhaltens mit den Zentralmächten, können sich doch gar keine besseren Argumente wünschen, als die Drohung, Polen wieder an Russland auszuliefern.

Für die Protektion bei den Friedensverhandlungen zwecks Erlangung einer „Autonomie“, bedanken wir uns schön. Die ganze Angelegenheit — wiederholen wir — ist mehr eine deutsche als eine polnische. Wenn wir uns gegen sie wenden, so tun wir es, um unser positives Programm zu retten. Der Einwand schliesslich, dass dies Programm ein Hinderniss für die Friedensverhandlungen oder für die künftigen deutsch-russischen Beziehungen sein könnte, ist wenig stichhaltig. Es kann kein Hindernis sein, dass die Polen erklären, sie seien befriedigt, besonders, wenn ihnen die Möglichkeit geboten wird, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Befriedigung der Polen ist im gegebenen Falle ein wichtigerer Faktor, als die Zufriedenheit der Russen, die jetzt und in der Zukunft, politisch und wirtschaftlich, nur das tun werden, wozu sie notgedrungenerweise gezwungen sein werden.

Volks- und Pressestimmen.

Die letzten Vorgänge in Polen und die Stellungnahme des Hauptausschusses des deutschen Reichstages wurden für mehrere Presseorgane zum Ausgangspunkt einer Kritik nicht nur der gegenwärtigen Krisis, sondern auch der ganzen Politik der Zentralmächte in Polen, besonders aber des Aktes vom 5. November 1916. Es treten hier zwei grundverschiedene Anschauungen einander entgegen; die alldeutsch-konservative und die demokratische: die Scheidung ist nicht ganz durchzuführen, denn jede Partei hat Zuläufer auch aus dem anderen Lager. So z. B. finden wir die „Vossische Zeitung“ im gegebenen Fall, mit gewissen Schattierungen im Ton, im Lager der alldeutsch-konservativen Presse. Die Redaktion erteilt Gastfreundschaft dem von uns an einer anderen Stelle besprochenen Aufsatze des sozialdemokratischen Abgeordneten Cohen-Reuss und der intellektuelle Leiter des Blattes, Herr Georg Bernhard, ergreift in der Nummer vom 3. September nochmals das Wort, um die Gefährlichkeit der seiner Meinung nach vorschnellen Entscheidung in Polen darzulegen. Die Regelung aller örtlichen Fragen darf seiner Meinung nach nicht anders als im Einverständnis mit Russland erfolgen:

dafür spreche nicht nur Deutschlands wirtschaftliches und politisches Interesse, sondern auch das Oesterreich-Ungarns. das „gerade um seiner nichtdeutschen Nationalitäten Willen, eine Brücke zu einem Russland bilde, das mit uns in Freundschaft lebt". Sollte man aber nach diesem Wunsche Russland zufriedenstellen, so würde wahrscheinlich Oesterreich-Ungarn gegen die Projekte Georg Bernhards einen entschiedenen Protest erheben. In ganz Ungarn findet sich gewiss kein einziger Mann, der die Projekte des Herrn Bernhard approbieren würde; und was den österreichischen Teil anbetrifft, so gehört ihm doch auch Galizien, dies Galizien, gegen dessen Hauptstadt das neue Russland unlängst wiederum eine neue Offensive gerichtet hat. Gerade vom österreich-ungarischen Standpunkte wären die Kosten zur Erhaltung der freundlichen Gesinnung Russlands zu hoch; die Ideen des geschätzten Verfassers werden deshalb wenig Anklang finden. Diese Ideen gehen dahin, den Akt vom 5. November rückgängig zu machen; Herr Bernhard findet sogar manche Spitzfindigkeiten, die darauf hinweisen sollen, dass die Polen ihre Zusicherungen, die die Voraussetzung des Aktes vom 5. November bilden, nicht gehalten haben. Wir sind darüber ganz anderer Meinung und verweisen auf unsere Ausführungen in dem Aufsatz „Die Polen auf der Anklagebank" (No. 66); eine weitere Polemik über diese Frage würde uns zu weit führen.

Selbstverständlich meldet sich die „Kreuz-Zeitung" und zwar in mehreren Auslassungen, die gegen eine polenfreundliche Politik gerichtet sind. Herr Professor Hoetsch wirft der Regierung Bethmann Hollwegs Unkenntnis der Verhältnisse in Polen vor, was zu Illusionen und Enttäuschungen führen musste. „Heute sollten wir diese Illusionen zu Grabe tragen, praktisch gesprochen: den Weiterbau der politischen Einrichtungen Polens einstellen. Wir haben davon nur Schaden, und wie die polnischen Dinge heute geworden sind, für uns gilt allein die entschlossene Anerkennung des alten Gedankens der Sicherung der Ostgrenze, auch an ihrem polnischen Teil. Polen möge, wie die letzte amtliche Erklärung sagt, in „die Reihe der selbständigen Staaten Europas eintreten", aber dass das Land, das gegen uns tue, das durch das Blut der deutschen und österreich-ungarischen Soldaten befreit ist und selbst nichts zu seiner Befreiung getan hat, und dass wir noch fördern, das ist wirklich zu viel verlangt".

Der fromme Wunsch des Herrn Professor Hoetsch ist ja längst bekannt. Nun müssen wir auch gegen seine Motivierung entschiedensten Widerspruch erheben. Mehr als eine Million Soldaten polnischer Nationalität hatten im Rahmen der deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen für die Zentralmächte gekämpft; ausser den Legionären waren auch in diesen glorreichen Truppen zahlreiche polnische Freiwillige vertreten; und wenn es deren nicht mehr waren, so muss die Frage gestellt werden: wann wurden sie als Bundesgenossen zum Mitkämpfen eingeladen? In der Nr. der „Kreuz-Zeitung" vom 5. September knüpft die Redaktion an eine Ansprache an, die Herr General-Gouverneur von Be-

seler anlässlich eines Festes zum zweijährigen Bestehen des General-Gouvernements gehalten hat, und die nicht eines gewissen bitteren Untertones entbehrt. Der Herr General-Gouverneur schloss aber: „wir gehen weiter, das Land in Ordnung zu halten und für die grossen Ziele des Krieges nutzbar zu machen“. Dazu ist doch, sagt die „Kreuz-Zeitung“, der Aufbau eines polnischen Staatswesens nicht erforderlich, und versteigt sich zum Vorwurfe, sie vermisse „in den Ausführangen des General-Gouverneurs allzusehr das Bewusstsein, dass wir in Polen in erster Linie unser deutsches Interesse wahrzunehmen haben“. Ohne sich in einen Meinungsstreit darüber einzulassen, was als deutsches Interesse zu gelten habe, darf hier doch bemerkt werden, dass Exzellenz von Beseler zum mindesten ebenso gut wie die „Kreuz-Zeitung“ es weiss, was das deutsche Interesse erheischt. Die Frage, „ob der Aufbau eines polnischen Staatswesens, das keineswegs Neigung zeigt, in ein freundschaftliches Verhältnis zu uns zu treten, wirklich in unserem Sinne liegt“, ist dahin zu beantworten, dass das polnische Staatswesen überhaupt noch keine Gelegenheit hatte, offiziell in ein Verhältnis zu Deutschland zu treten, weil dazu dem polnischen Staat das allein zuständige Organ, eine nationale Regierung, fehlt.

Selbstverständlich ergriff das Wort auch Herr Professor Raimund Friedrich Kaindl, um im „Grösseren Deutschland“ vom 1. September den, seiner Meinung nach, verderblichen „Einfluss des selbständigen Polens auf die österreichische Polenpolitik“ zu schildern. Nur vergisst der Verfasser zu bemerken, dass die Opposition der polnisch-galizischen Abgeordneten auf die Nichtverwirklichung der polnischen Staatsidee in der Sonderstellung Galiziens zurückzuführen ist.

Diejenigen Presseorgane, die die offenen oder verkappten Alldeutschen nicht unterstützen, stellen sich auf den Standpunkt des Hauptausschusses. Aus dem „Berliner Tageblatt“ erfahren wir, dass in der bekannten Sitzung des Hauptausschusses nicht nur Volksvertretungen für Kurland und Litauen gewünscht worden sind, sondern auch die Schaffung einer wirklichen polnischen Volksvertretung und eines verantwortlichen polnischen Ministeriums nebst der Aufhebung der deutsch-österreichischen Wirtschaftsgrenze im besetzen Polen. Das wäre also die Stimme des deutschen Volkes, die doch anders klingt, als die der Majorität der grossen Presse! Die „Vossische Zeitung“ vom 4. September bezweifelt wohl, dass die Vertreter der Reichstagsmehrheit im Hauptausschuss sich mit solcher Einhelligkeit für die e i n s e i t i g e Lösung der östlichen Nationalitätenfrage durch die Mittelmächte ausgesprochen haben und glaubt behaupten zu dürfen, dass auch unter den Mehrheitsparteien des Reichstags eine sehr erhebliche und wachsende Strömung vorhanden sei, die zwar die Notwendigkeit anerkennt, die nationalen Wünsche der östlichen Völkerschaften zu erfüllen, nicht aber einseitig und ohne eine Verständigung mit Russland. Einen faktischen Beweis für ihre Behauptung hat die „Vossische“ nicht erbracht; in formeller Beziehung wäre es sehr interessant zu erfahren, w i e es möglich sein sollte, die nationalen Wün-

sche der östlichen Völkerschaften, also der Polen, der Deutschen in Kurland u a., zu erfüllen, nicht ohne eine Verständigung mit Russland. Uebrigens sind auch wir für einen Frieden mit Russland, wie überhaupt mit der ganzen Welt, nur glauben wir, dass eine Hauptbedingung dieses Friedens die Zufriedenstellung Polens sein, und dass es daher besser wäre, diese Bedingung jetzt schon seitens der Zentralmächte zu schaffen.

Letztere Bemerkungen mögen auch zur Beruhigung des „Berliner Tageblatts, dienen, das in der Nummer vom 4. September sich darüber beschwert, dass die deutschfreundlichen Polen über die deutschen Interessen an der ostmärkischen Frage mit Stillschweigen hinwegzugehen pflegen. Sonst spricht der Verfasser dieses Aufsatzes, Herr Dr. Paul Michaelis, seine Befriedigung darüber aus, dass die verbündeten Regierungen sich durch die Warschauer Krise in keiner Weise abschrecken lassen, sondern an ihrer Absicht festhalten, Polen in die Reihe der selbständigen Staaten Europas einzuführen. Auch der „Vorwärts" ist für den Weiteraufbau des polnischen Staates. Leider hat das Organ der sozialistischen Mehrheit im Gedränge der laufenden grossen Weltangelegenheiten noch keine Musse gefunden, etwas mehr Zeit und Raum der Polenfrage zu widmen. Nur nebensächlich wird sie hier und da gestreift. Wir müssen es um so mehr bedauern, als wir die Bedeutung der deutschen Arbeiterklasse hoch zu schätzen wissen, anderseits aber feststellen müssen, dass diese Arbeiterschaft über Polen wenig informiert und daher den verschiedenartigsten Zuflüsterungen zugänglich ist.

Heft 11 der vom „Arbeitsausschuss für Mitteleuropa" herausgegebenen Zeitschrift „Mittel-Europa" (Schriftleiter: Dr. Walther Schotte, Berlin, Markgrafenstr. 73) bringt einen sehr instrucktiven Aufsatz von H. v. Eckardt: „Die polnische Krise". Der Verfasser sieht deren Ursache in der Vermutung der Polen, die Mittelmächte beabsichtigten die Politik des 5. November aufzugeben. Diese Vermutung der Polen war falsch. Dass sie aber entstehen konnte, ist an sich begreiflich und dem provisorischen Staatsrat kann schlechterdings kein Vorwurf gemacht werden. Da der Befehl nun einmal erlassen war, dass die polnischen Legionen als österreichisch-ungarisches Hilfskorps an die Front abzugehen hätten, so konnte der Staatsrat, der sich vor der Nation verantwortlich für diese Kaders der polnischen Armee fühlt, nicht anders handeln. Der Staatsrat hatte die Legionen auf Grund der feierlichen Erklärung der deutschen und der k. k. österreichisch-ungarischen Regierung, die am 10. April im Warschauer Stadtschloss erfolgt war, als aus dem österreichischen Heer ausgeschieden und dem polnischen Volke zur Verfügung gestellt betrachtet, weshalb ihm diese Verfügung als eine Widerrufung der Grundlagen des polnischen Heeres und damit des Staatsrates erscheinen musste." Der Verfasser zitiert die diesbezüglichen Verfügungen vom 10. April (Uebergabe der Legion) und vom 26. August (Zurückziehung derselben); „Der Befehl hat jene Teile der Legionen getroffen, die den Eid geleistet hatten und somit sich als polnische Truppen fühlen konnten. Der Staatsrat hatte

die politsche Verantwortung für die Legionen übernommen, und da die Legionen den Polen überaus wert und die Träger der polnischen Waffenehre sind, so war die Situation von vorherein gegeben.“

Trotzdem betrachtet Herr v. Eckardt die Situation nicht als aussichtslos. Er unterzieht die Kundgebung der Zentralmächte vom 30. August einer strengen Kritik, aber auch die Haltung der Polen und kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:

„Seit dem 5. November hat sich vieles und bedeutendes verändert. Die Revolution in Russland hat bewiesen, dass ein Königreich Polen als Musterbeispiel für die Fremdstämmigen Russlands dienen kann und dass ausserdem nur durch die Schaffung dieses Königreichs Polen vor einem neuen Zusammenhang mit Russland bewahrt werden kann. Die polnische Frage steht daher an der Spitze aller politischen Probleme für Mitteleuropa, und ihre Lösung muss mit einer Energie versucht werden, die leider noch immer zu vermisssen ist. Seit die Entente sich wiederum auf Polen eingestellt hat, ist es notwendig, schnell zu handeln, damit die zersetzende und wühlende Arbeit von aussen die erregten Gemüter nicht noch mehr verwirrt. Unsere ganze Fremdstämmigenpolitik, der jetzt eben noch durch die Resolution des Reichstagsausschusses über die Autonomie Litauens und Kurlands ein neuer, hochwichtiger Bekräftigungsbeweis hinzugefügt wurde, steht und fällt mit der Schaffung des Königreichs Polen. Um aber dieses Königreich, welches trotz unendlicher Mühen bereits im Entstehen begriffen war, wirklich zustande zu bringen, ist es unbedingt erforderlich, jetzt wo es keinen Staatsrat mehr gibt, einen Mittelpunkt zu schaffen, der die polnische Politik repräsentiert und die begonnene Arbeit fortsetzen kann. Einzig und allein ein polnisches Ministerium, mit weitgehenden Vollmachten versehen, kann diesen Mittelpunkt darstellen.

„Es hat sich während dieser Krise erwiesen, dass der Mangel eines zusammenfassenden Zentrums polnischer und deutscher Interessen ausserordeutlich bedauerlich ist. Es wäre an der Zeit, eine deutsch-polnische politische Vereinigung zu schaffen, die dem Tempo der jetzigen Ereignisse entsprechend zielbewusst und vollkomen klar die Linie einer aufbauenden Polik verfolgt. Die mitteleuropäischen und die polnischen Interessen lassen sich jedenfalls im Grundprinzip zusammenfassen. Dieses muss geschehen und muss nach Aussen hin Ausdruck bekommen, damit nicht, wie jetzt, Warschau mit Berlin nur durch zufällige Gelegenheitsbeziehungen lose verknüpft ist. Seit Monaten kranken die polnischen Angelegenheiten daran, dass man sich gegenseitig nicht versteht. Im polnischen Problem gibt es verschiedene kantige und scharfe Ecken. Es ist vielleicht nicht möglich, diese gleich abzuschleifenen, wohl aber ist es möglich, die Gesamtheit der politischen Ziele zusammenzufassen, und da können und sollen die Politiker Mitteleuropas und Vertreter der polnischen nationalen Politik zusammen beraten, und nachdem nun einmal die Gemeinsamkeit der Interessen festgestellt ist, ihren einigen Geist als mächtiger Faktor inmitten der Stömungen aufzurichten.“

„Auf diesen Seiten ist den Polen mancher Vorwurf gemacht worden. Besonders richten sich diese Vorwürfe gegen die polnische Nationalitätenpolitik den Litauern und Ukrainern gegenüber. Jenseits aller dieser Vorwürfe steht aber unverrückbar die Erkenntnis, dass die polnischen Wünsche zur Errichtung eines Königreichs den deutschen Interessen entsprechen. Dies muss stets von neuem festgestellt werden, besonders aber im jetzigen Augenblick, wo ein grosser Teil der deutschen Presse, ohne die eigentlichen Ursachen des Rücktritts zu kennen, es an Vorwürfen gegen die Polen nicht hat fehlen lassen und dabei oft über die Grenze der politisschen Zweckmässigkeit hinausgegangen ist.“

Wie sehr dieser Appell an die Presse gerechtfertigt ist, ist ja unseren Lesern wohl bekannt. Wir müssen noch zwei Blüthen von der konservativ-alldeutschen Wiese vorführen. Der „Reichsbote“ bringt in der Nummer vom 5. September einen Aufsatz unter dem Titel „Sie haben uns gehasst und sie werden uns hassen“. Wir sind weit davon entfernt, in den Inhalt des giftigen, ungeheuerlichen Artikels einzugehen; glaubt der „Reichsbote“ damit Sympathie zu erwecken? Allerdings müssen wir uns auf das entschiedenste gegen solche Verallgemeinerungen, wie sie schon der Titel des genannten Aufsatzes zum Ausdruck bringt, verwahren. Es gab eine Zeit, — Jahrhunderte dauerte sie — in der Polen der friedlichste und beste Nachbar Preussens war; das bezeugt ja selbst Herr Prof. Diettrich Schäfer; wir wissen wirklich nicht, warum diese Zeiten nicht rückkehren sollten. Ja, wenn man sich Mühe gibt, diese Rückkehr zu verhindern . . . .

Das tut z. B. systematisch auch die „Deutsche Zeitung„. Vor die Tatsache gestellt, dass die Regierung sich entschlossen hat, Polen „in die Reihe der selbständigen Staaten Europas“ einzuführen, rettet sie sich aus der Klemme durch die Formel: selbständiger Staaat „wie wir ihn auffassen“. Sie betont die Dehnbarkeit des Begriffs „selbständiger Staat“ — und was das alldeutsche Hauptorgan in diese dehnbare Formel hineininterpretieren möchte, ist ja leicht nachzuempfinden.

Unter den Polen gibt es keinen einzigen, der unter „selbständiger Staat“ etwas anderes als „unabhängiger Staat“ versteht. Alles andere wäre für sie die härteste Enttäuschung. Es gibt aber Blätter, die ihren ganzen Geist in der Richtung anstrengen, um diese Enttäuschung herbeizuführen — um sich nachher über die undankbaren Polen zu beschweren.

Zum Glück repräsentieren aber diese Stimmen nicht die Mehrheit des deutschen Volkes. Das haben die Beschlüsse des Hauptausschusses zur Genüge bewiesen.

NOTIZEN.

Politisches.

Eine neue Kundgebung in der Polenfrage. Amtlich. Berlin, 7. September. Die Besprechungen zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem Grafen Czernin bei dessen jüngster Anwesenheit in Berlin haben

sich auch auf den weiteren Ausbau des polnischen Staatswesens im Verfolg der Proklamation vom 5. November 1916 erstreckt. Zwischen den beiden Staatsmännern ist ein volles Einverständnis über alle in Betracht kommenden Punkte erzielt worder. Es steht deshalb zu erwarten, dass schon in wenigen Tagen eine bedeutsame Kundgebung der beiden verbündeten Monarchen in der polnischen Verfassungsfrage erfolgen wird.

Die Plenarsitzung der polnischen Abgeordneten Galiziens in Krakau vom 2. September hat den Beweis gebracht, dass die Gegensätze unter den galizischen Polen, die schon am 28. Mai an den Tag traten, in der letzten Zeit sich noch verschärft haben. Wie überall unter den Polen, bekämpfen sich auch hier zwei politische Richtungen, von denen diejenige, die die bisher vorherrschende Linie der polnischen Politik vertritt, ihren Ausdruck im Obersten Polnischen Nationalkomitee findet. Zu ihren Führern gehören die Konservativen, die Demokraten und Parteilose. Die Gegner bestehen aus Nationaldemokraten und Volksparteilern und werden auch von der Sozialdemokratie unterstützt; als Opposition sind letztere bestrebt, das Oberste Nationalkomitee aufzulösen.

Die Krakauer Versammlung führte zu einem heftigen Zusammenstoss. Der Antrag des Volksparteilers Witos, das Präsidium des Polenklubs zu beauftragen, einen Liquidationsausschuss für die Angelegenheiten des Obersten Nationalkomitees einzusetzen, von der Abstimmung über diesen Antrag aber die anwesenden Herrenhausmitglieder auszuschliessen, führte eine lange und heftige Debatte herbei, in welcher verschiedene Parteierklärungen abgegeben wurden. Im Namen der Konservativen gab Graf Tarnowski eine Erklärung ab zugunsten der Aufrechterhaltung des Obersten Nationalkomitees. Er sagte u. a., der Krakauer Polenklubbeschluss vom 28. Mai sei von gewissen Parteien benützt worden, um in Polen den Staatsrat zu stürzen, in Galizien hingegen die seit einem halben Jahrhundert erfolgreich verfolgte Politik zu Falle zu bringen. Die Konservativen protestieren dagegen, dass der Beschluss vom 28. Mai benützt werde, das unter den gegenwärtigen Umständen Erreichbare zu zerstören, und sehen es als ihre Pflicht an, die Verwirklichung der Proklamation vom 5. November zu unterstützen, in Oesterreich aber aufrichtig eine staatserhaltende Politik aufrechtzuerhalten. Die Verlesung dieser Erklärung wurde von grossen Lärmscenen unterbrochen. Nach weiterer Debatte verliessen die Volksparteiler, Sozialdemokraten, Nationaldemokraten und Mitglieder der polnischen Nationalvereinigung den Sitzungssaal. Die Debatte wurde am Nachmittag bei geringer Beteiligung fortgesetzt. Nur die Konservativen und Demokraten erschienen vollzählig. Die Sitzung wurde ohne Ergebnis geschlossen. Das Oberste Polnische Nationalkomitee wird seine vorherige Tätigkeit weiter führen.

Gew. Staatsrat Graf Rostworowski gegen die Beschlüsse des Moskauer Polenkongresses. Aus Stockholm wird am 1 September gemeldet Im Anschluss an die auf dem Polenkongress Anfang August in Moskau gefassten Beschlüsse veröffentlicht „Stockholms Dagblad“ einen Artikel des hier weilenden polnischen Staatsratsmitgliedes Grafen Adalbert Rostworowski, welcher sich gegen diese Beschlüsse

wendet und darauf verweist, dass an den Kongressberatungen nur gewisse Parteigruppen sich beteiligten, deren frühere Wirksamkeit und Verhältnis zu Russland wohlbekannt sind. Der Moskauer Polenkongress, sagt Rostworowski, erklärte sich vorbehaltlos für die Entente und berief sich auf die Stimmung der Bevölkerung aller drei Teile Polens sowie auf den Krakauer Beschluss des Polenklubs vom Mai Dies ist ein Missbrauch zu Agationszwecken, denn der zitierte Polenklubbeschluss hat neuerlich bekräftigt, dass der Klub als Vertretung Galiziens die Stütze für sein nationales Programm in Oesterreich-Ungarn und in der Habsburger Dynastie sucht Der Kongress hatte somit kein Recht, namens der ganzen Polennation der Habsburger Dynastie den Krieg zu erklären. Ebenso unberechtigt war die kategorische Erklärung des Kongresses namens der Polennation gegen einen vorzeitigen Frieden und für die Fortsetzung des Krieges

Graf Rostworowski verweist auf den durch Daszyński im Wiener Parlament eingebrachten Friedensantrag des Polenklubs, ferner auf die Billigung der Friedensbestrebungen des deutschen Reichstages durch den Berliner Polenklub sowie schliesslich auch den Aufruf des polnischen Staatsrates vom 15. Juli All dies hinderte den Kongress nicht, namens aller Teile Polens das Gegenteil zu beschliessen.

Graf Rostworowski drückt seine wärmste Sympathie für die Friedensakiton des Papstes aus und versichert hierauf, dass in Polen niemand sich nach der Rückkehr der Russen sehne; aber der Moskauer Kongress drückte eine andere Ansicht aus. Die Moskauer Beschlüsse können gewissermassen nur damit gerechtfertigt werden, dass die Kongressorgani-atoren fern vom Heimatland leben und die Volksstimmung nicht verstehen. Graf Rostworowski schildert die Leiden hunderttausender Polen. welche von den Russen im Jahre 1915 beim Rückzug weggeschleppt wurden. Graf Rostworowski stellt im Gegensatz zu dem Beschluss des Moskauer Emigrantenkongresses und der allgemeinen Meinung in Polen, wo niemand die Rückkehr der Russen wünscht, fest, der beste Beweis für die wirklichen politischen Gefühle Polens sei die Haltung der bei der letzten Offensive befreiten Bevölkerung Ostgaliziens

Alte Erfahrungen mit der Emigrantenpolitik mahnen zur Vorsicht. Die Leitung der polnischen Politik müsse sich im Heimatlande befinden, wo alle Verantwortlichkeit herrscht. Eine leichtsinnige Emigrantenpolitik könne, auch wenn sie im guten Glauben gemacht wird, dem Lande grossen Schaden verursachen und erzielte Erfolge vernichten. Die Moskauer Beschlüsse, unmittelbar vor Ausrüstung der polnischen Regierung mit wirklicher Exekutivmacht gefasst, werden von den polenfeindlichen Elementen benützt, um die Verwirklichung des polnischen Staates wieder zu verzögern. Nichtsdestoweniger hoffe er, dass die leitenden Kreise der Zentralmächte nicht das ganze Land verantwortlich machen werden für das Vorgehen eines Teiles der Emigration. Durch rasche Verwirklichung der polnischen Staatsfunktionen würde am besten dieser Agitation entgegengewirkt werden, welche, ausserhalb des Landes unternommen, jeder Grundlage entbehrt Den grossen Versprechen, welche man den Polen von den parlamentarischen Tribünen der ganzen Welt mache, werden das schwergeprüfte Land nicht vom realen Boden entfernen. Polen wolle positiv wirken und sich durch abstrakte Programme nicht irreführen lassen.

Herausgeber: W Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski. Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr 42.

Im Verlage R. **Oldenbourg,** München, erscheint demnächst:

Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilung (1795—1914)

von

W. Feldman.

Inhaltsverzeichnis:

Erstes Kapitel: **Der Werdegang der neuzeitlichen politischen Richtungen in Polen seit Mitte des XVIII. Jahrhunderts.**

Zweites Kapitel: **Die französische Orientierung** (bis 1813)

Drittes Kapitel: **Die russische Orientierung** (1813—1830)

Viertes Kapitel: **Der Glaube an die Völker** (1831—1848)

Fünftes Kapitel: **Der Glaube an die Westmächte.**

Sechstes Kapitel: **Polonia farà da se** (1857—1863).

Siebentes Kapitel: **Die polnisch-österreichische Orientierung**

Achtes Kapitel: **Die Politik der dreifachen Loyalität**

Neuntes Kapitel: **Aufleben der Unabhängigkeitsbestrebungen im Zusammenhange mit modernen sozialen Ideen.**

Zehntes Kapitel: **Anlehnung an Russsland und „Polonia Irredenta".**

Nachwort

Sach- und Personenregister

448 Druckseiten. Preis 10 Mark.

☛ Bestellungen werden vom Verlage **R. Oldenbourg,** München, (Glückstr. 8) und von sämtlichen Buchhandlungen entgegengenommen.